

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

28 (2.2.1887)

Beilage zu Nr. 28 der Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. Februar 1887.

Die Rede Dr. Miquel's in Neustadt.

Nachstehend theilen wir die Rede mit, welche Herr Oberbürgermeister Dr. Miquel aus Frankfurt a. M. am vorigen Sonntag auf dem südwestdeutschen Parteitage zu Neustadt a. S. gehalten hat. Die Rede bildet ein Seitenstück zu der Ansprache des Herrn v. Bennigsen in der Landesversammlung der Nationalliberalen Hannover's; sie präzisirt die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen in klaren eindringlichen Worten. Herr Dr. Miquel sagte:

In erster schwerer Zeit haben wir uns hier versammelt. Bange Sorge geht durch die deutschen Lande. Auch der Geringste sieht die Schatten kommender Ereignisse näher und näher rücken.

Europa steht in Waffen. Selbst die kleinen neutralen Staaten sammeln ihre Kräfte und bereiten ihr Rüstzeug zur Vertheidigung ihrer Unabhängigkeit.

Deutschland vor Allen ist bedroht! Das französische Volk kann die selbstverschuldeten Niederlagen und die im gerechten Vertheidigungskampfe wieder erworbenen alten deutschen Lande nicht vergessen.

Wer sein Auge offen hält, muß überzeugt sein, daß heute oder morgen oder, wie der Reichstanzler sagt, in 10 Wochen, 10 Monaten oder 10 Jahren, wenn die Gelegenheit günstig oder innere Zustände in Frankreich dazu drängen, mag selbst die Mehrheit der Franzosen friedlich gesinnt sein, ein neuer Entscheidungskampf bevorstehen kann.

Keinen Augenblick können wir sicher sein. Schon beruht die Erhaltung des Friedens fast allein noch auf der Stärke der deutschen Heeresmacht.

Die Gegenstände der Staaten im Osten können jeden Tag kriegerische Verwickelungen hervorrufen, und Alles ist dazu angethan, daß sie zu einem europäischen Konflikt ausarten und die Kriegsfurie sich über ganz Europa verbreitet.

Bisher allerdings hat der Respekt vor der deutschen Heeresmacht und vor Allem die große Kunst unseres großen Staatsmannes den Frieden erhalten. Aber auch der friedliebende Mann kann nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Den herrschenden Leidenschaften gegenüber wird endlich auch die Staatskunst machtlos und schließlich Alles gestellt auf die Spitze des Schwertes.

In dieser Lage beantragen der Kaiser und seine Verbündeten, besorgt um die Sicherung des Friedens und des Vaterlandes, eine nur mäßige Verstärkung unserer Wehrkraft zum Ausgleich gegenüber den viel größeren Anstrengungen Russlands und Frankreichs, auf kaum 1 Proz. der jetzigen Bevölkerung, nicht höher als sie immer schon zu Zeiten des seligen Bundes gewesen, nicht für immer, nur für 7 Jahre, nicht länger als zu festen Organisationen notwendig ist, nicht zu kriegerischen Unternehmungen, nur zur Wahrung des Friedens, zur Erhaltung aller Segnungen in seinem Gefolge.

Was müßten wir erleben?

Die gegenwärtige Mehrheit der Vertretung des deutschen Volkes, bunt zusammengesetzt aus den verschiedensten, unter sich uneinigen Fraktionen, betritt anfänglich die Nothwendigkeit der Verstärkung der Wehrkraft überhaupt, verzögert die Entscheidung, mäkelte und feilschte an Einzelheiten, drängte den Kriegsinminister zu Begründungen und unangenehmen Offenlegungen und bewilligte endlich nur widerwillig unter dem Drucke der öffentlichen Meinung auf eine so kurze Zeit, daß feste Organisationen nicht möglich sind und der Zweck, die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, verfehlt wurde.

Dies Alles, obwohl der greise, siegreiche Heerführer Feldmarschall Graf Moltke es an ersten Ermahnungen nicht fehlen ließ, obwohl alle Sachkundigen erklärten: „Drei Jahre helfen uns nicht.“

Ein Schrei des Entsetzens, ja ein Schmerzensruf ging durch die deutschen Lande. Man empfand es als eine Erlösung, als der große Führer der deutschen Nation, um aus diesem „Glenb“ herauszulommen, von der seinen ergreifenden Ausführungen gegenüber tauben Mehrheit, an's schlichte, einfache und unbefangene denkende Volk Berufung einlegte.

Allen persönlichen Berührungspunkten abhold, sage ich nur, ich begreife die Entscheidung des Reichstages nicht und die Theilnahme so vieler Männer, denen ich patriotisches Wollen und Fühlen gewiß nicht absprechen will.

Fraktionszwang, innere Verbitterung, weil die Dinge anders gekommen, als man gewollt, persönliche Gegensätze, so stark und unbewußt sie im Menschen wirken, können dies doch kaum erklären.

Früher, in friedlichen Zeiten selbst, einigte sich der Reichstag unter Theilnahme und Förderung vieler der jetzigen Gegner, mit der Reichsregierung auf 7 Jahre, und ich selbst, der damals diese Verhandlungen mit leitete und den Ausgleich herbeiführen half, kann bezeugen, daß damals gegen eine Bewilligung auf Zeit auf der Seite unseres Kaisers und unserer Militärverwaltung die größten Bedenken bestanden und nur schwer, vor Allem durch die Einwirkung des Fürsten Bismarck überwunden wurden. Es war eine Nachgiebigkeit der Regierung, da die Reichsverfassung die Festsetzung der Friedenspräsenz durch Gesetz vorschreibt und damals der Kaiser die Bewilligung auf immer hätte verlangen können.

Zum zweitenmale wurde dieses Abkommen wiederholt. Zwölf Jahre hindurch hat es sich bewährt. Die Heeresverwaltung hat mit demselben auskommen können. Die Rechte des Parlaments blieben genügend gesichert.

Und nun, wo so viele Völker auf uns sehen und von uns die Sicherung des Friedens erhoffen, in einem Augenblicke hoher Gefahr, bricht der Reichstag dieses glückliche Abkommen und beschwört die Gefahr eines schwereren inneren Konflikts angeht, eines drohenden Krieges herauf, ermutigt unsere Gegner und schwächt das durch die errungene Einheit begründete Selbstvertrauen des deutschen Volkes.

War es nicht Pflicht eines jeden Volksvertreters, in diesem Augenblicke seine persönliche Meinung über die Zweckmäßigkeit einer kurzen Spanne Zeit einer solchen mit flammenden Lettern zur Voricht mahnenden Zeit gegenüber zu offen? Kam nicht Alles darauf an, gerade jetzt den vollen festen Entschluß zu bekunden, den Bestand einer starken Armee auf festen Fundamenten zu bauen und Alles zu opfern, wo es gilt, die hehre Unabhängigkeit der Nation und den Frieden zu sichern?

Mußte man sich nicht sagen, daß auch nur der Schein eines Zweifels an einer solchen Entschlossenheit der gesammten Nation namentlich bei dem leichtgläubigen Nachbarvolke gefährliche Täuschungen hervorrufen könne? Durfte ein Patriot in dieser Lage solche unnütze Streitigkeiten herbeiführen?

Welche furchtbare Verantwortlichkeit haben diese Männer auf sich genommen!

Jene sagen, die Reichsregierung hätte nachgeben sollen und der Streit wäre so auch geschlichtet gewesen.

Aber alle erfahrenen und bewährten Heerführer erklärten, daß drei Jahre nicht ausreichen, feste, in sich geschlossene Heereskörper zu bilden.

Die Reichsregierung stand auf dem Boden eines 12 Jahre hindurch bewährten Fortkommens. Durfte sie alle drei Jahre den Bestand des deutschen Heeres den Wahlkämpfen preisgeben? Gaben doch selbst die für die Armee so freigebigen Franzosen die Heeresstärke den jährlichen Bewilligungen entzogen und auf Gesetz gestellt!

Erst 7 Jahre, dann 3 Jahre, endlich 1 Jahr! Das war die berechnete Besorgung der Reichsregierung. Man verlangte unbedingt Vertrauen in die Volksvertretung, aber, ich sage es mit tiefem Schmerz, ist dies in Deutschland so unbedingt begründet? Sind nicht bei uns noch zu viele alte Gegensätze und neue Spaltungen zu überwinden?

Und endlich, mußte nicht die Reichsregierung eine bedenkliche Rückwirkung auf das Ausland fürchten, wenn sie gerade in dieser Frage unterlag?

Eine Wohlthat ist es für das Deutsche Reich, auf eine längere Reihe von Jahren den Streit um die Heerespräsenz aus den Tageskämpfen zu entfernen.

Eine dreijährige Bewilligung wirft diesen Streit in alle Wahlkämpfe und lenkt zum Schaden des deutschen Volkes die Aufmerksamkeit ab von den dringenden der Lösung harrenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen und von dem Aufbau und der Befestigung des Deutschen Reiches und seiner Finanzen.

Die Vertreter der Mehrheit nennen sich allein Liberale! Noch niemand ist der Liberalismus bei einem Volke gewachsen im Kampfe gegen die nationalen Interessen und gegen die Volkswerte nationaler Sicherheit.

Eine ruhig fortschreitende Entwicklung unseres Vaterlandes gefährden die Andern, wir sind ihre Vertheidiger.

Wer dem Volke nicht das Vertrauen einflößt, daß unter seiner Leitung die Fundamente des Staates und seiner Unabhängigkeit wohl aufgehoben sind, wird nie ein großes Volk zu führen befähigt sein, am wenigsten in Deutschland, an dessen Grenzen zwei mächtige und nach Vergrößerung strebende Militärmächte liegen sind.

Wenn das deutsche Volk diese Gefahr nicht wendet und neue Vertreter in den Reichstag entsendet, dann wird es auf lange Zeit um eine in sicherem Gang fortschreitende Entwicklung geschehen sein.

Wir schiffen uns ein auf das Meer der Ungewißheit und der Konflikte.

In einem solchen Kampfe werden Kaiser und Reich nicht untergehen, aber schwer gefährdet werden. Auch wider Willen der kämpfenden werden viele mühsam errungenen Güter verloren. Der endliche Sieg wird der Seite zufallen, die die höchsten Interessen der Nation vertritt, deren Führer sind unser Kaiser, unser Kanzler, unsere Heerführer, die Begründer des Reiches, feilschend im Vertrauen des Volkes, unentbehrlich für die Gegenwart, beweint in der Zukunft.

Dies Alles, wenn wir Zeit haben, den Kampf aufzufechten. Wenn aber nicht, wenn der Donner der Kanonen auch die Widerwilligen zur Ordnung ruft — doppelt groß die Gefahr!

Was stand denn auf dem Spiele, um solche Möglichkeiten mit hervorzurufen?

Sieben Jahre!

Wenn innerhalb dieser Jahre die Spannung in Europa dauernd anhält oder wenn die Entscheidungsschlacht geschlagen und für Jahrzehnte der Friede gesichert ist, — keine Macht in Deutschland wird dann die schwere Rüstung aufrecht erhalten können oder wollen, ob ein Paragraf 7 Jahre vorschreibt oder nicht.

Provisorische Bewilligung, nicht ausreichend, feste Körper zu organisiren, welche die Stärke der deutschen Armee sind, wir kennen sie von der Konfliktzeit in Preußen her.

Dieser Konflikt, damals verzeiglich, ja ich möchte sagen, im Verhängnis der Geschichte war ein schwerer Schaden für die innere Entwicklung Preußens und ganz Deutschlands. Und heute — nach den glücklichen Jahren 1870 und 71, nach der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches, nach all den Segnungen, die es über uns gebracht hat, wo es bad gelten kann zu vertheiligen, was wir mit unserem Gute und durch das Blut unserer Söhne errungen, — heute soll durch so kurze Bewilligungen wiederum ein Konflikt eingeleitet werden, in seinen Folgen dreimal gefährlicher als jener, der durch ein gütiges Geschick und durch das weise Maßhalten der Sieger beigelegt wurde.

Kennen wir denn nichts aus der Geschichte?

Die Karthaginienser, aus Haß und Neid gegen ihren großen Führer, aus Geiz und Kleinmuth ließen den Helben, der sein Vaterland in Italien retten wollte, schmählich im Stich, und Karthago ging unter. — Die römische Demokratie, voll Einsicht und Verständnis für die großen Aufgaben des Staates, machte Rom zur Herrscherin der Welt.

Sind wir zu klein, von diesen Vorbildern Nutzen zu ziehen, selbst wo es sich nur um die Vertheidigung handelt?

Setzt nach Frankreich, welche Kraft schöpfen die Führer der republikanischen Partei aus der sorglosen Pflege der Armee!

Und Ihr wollt die Macht des Parlamentes verstärken, indem Ihr das Gegenteil thut? Dient Ihr nicht an das heilsichere um neue Rechte der Stände des alten Reiches, wenn der Kaiser zur Abwehr feindlicher Angriffe Geld und Truppen verlangte? So kam das Reich aus Rand und Band, so gingen die Provinzen verloren, so verdarb das Reich, wir sind es, welche die Gefahren abwenden wollen, welche Ihr ohne Noth heraufbeschwört. Gefährlich war dies Beginnen im nationalen Sinne, verkehrt und kurzichtig von dem eigenen politischen Standpunkte Derer, die die Mehrheit bildeten.

Und das Zentrum?

Andere Beweggründe, andere Absichten!

Entspricht es, frage ich, den wahren Interessen der katholischen Kirche, ihrer friedlichen und unangefochtenen Stellung in

Deutschland für jetzt und für die Zukunft, wenn Diejenigen, die sich vorzugsweise ihre Vertreter nennen, einem Staatsmann gegenüber, der den langen Streit zu schlichten im Begriffe ist und ein gutes Stück Wegs bereits zurückgelegt hat, eine so feindselige Haltung einnehmen, die Prophezeiungen der Gegner des kirchlichen Ausgleichs rechtfertigen, als wenn eine wahre Ausöhnung im Innern für immer eine Täuschung sein werde, — die Hoffnung Derer beleben, welche dem Frieden mit der Kirche nur eine kurze Dauer wünschen?

Ich weiß, viele Katholiken denken wie ich; sie sehen Religion und Kirche nicht mehr gefährdet und schließen sich offen an's Vaterland an, wissend, daß auch sie mit ihm leben und sterben müssen.

Hier handelt es sich nicht um eine Parteifrage, nicht um eine politische oder konfessionelle Frage.

Die allen Deutschen gleich notwendigen Grundlagen der Wohlfahrt, Sicherheit und Unabhängigkeit sind in Frage.

Hier kann, hier muß, es eine heilige Pflicht, jeder Deutsche die Schranken und die Engherzigkeit der Fraktion durchbrechen und sich allein als Deutscher fühlen!

Die Gegner suchen das Wesen des Streites zu verschleiern; sie malen in ihren Aufrufen sonderbare Gespenster an die Wand, mit denen man kaum Kinder, deutsche Männer gewiß nicht schrecken wird. Sie sprechen von drohender Militärherrschaft, von Absolutismus, von kommenden Monopolen und neuen Belastungen der ärmeren Volksklassen.

Wenn solche Gefahren beständen, wer anders als die Mehrheit des Reichstages hätte sie heraufbeschworen!

Absolutismus! — Wer hat denn die Reichsverfassung geschaffen und das allgemeine Stimmrecht gegeben?

Es waren unser Kaiser, die deutschen Fürsten und der Fürst Bismarck!

Wer hat dagegen gestimmt?

Die damalige Partei der Freisinnigen!

Militärherrschaft! Unser Heer ist ein Volksherr!

Gebt Euch keiner Täuschung hin!

Leget Einnmal Eure Rüstung ab und Ihr werdet sehen, wie freundlich die gerührten Franzosen, wie ehemals, die deutschen Brüder, arm und reich, behandeln würden. Die starken Heere sind nicht die Ursachen des Uebels, sie sind die Folgen des leider noch vorhandenen Gegensatzes der Völker und der menschlichen Leidenschaften.

Wer hat das Reich ausgebaut und wie lange hat man an der innern Gestaltung fruchtbringend gearbeitet?

So lange Fürst Bismarck eine gemäßigte verständige Mehrheit zur Seite hatte, die nicht Konflikte suchte, sondern mit verständigen Ausgleich die Gegensätze überwand!

Seit wann stockt die Reichsentwicklung?

Seitdem eine solche Mehrheit nicht mehr besteht und eine andere an die Stelle getreten ist, welche kaum etwas Anderes weiß als das, nicht zu wollen, was die Reichsregierung will! Ist dabei ein Fortschritt denkbar!

Monopole! — Auch Fürst Bismarck will sie nicht mehr, und selbst wenn er sie wollte, eine Mehrheit würde dafür im neuen Parlament nicht sein, ein großer Theil der Rechte, das Zentrum und vor Allem die nationalliberale Partei unter allen Umständen die Mehrheit bilden und alle diese Parteien dem Monopol abhold sind.

Allerdings wollen auch wir durch verständige Vertheilung der Lasten die Finanzen des Reiches verbessern und die Möglichkeit gewinnen, die Einzelstaaten und die Gemeinden zu entlasten und vor Allem die soziale Politik zur Verbesserung der Lage der unteren Volksklassen durchzuführen.

Wenn wir den Brantwein, dem Beispiel aller Nationen folgend, stärker beheuern wollen, so ist dies keine ungerechte Belastung der unteren Volksklassen, namentlich dann nicht, wenn die Erträge zur Deckung notwendiger, allen Klassen zu Gute kommender Bedürfnisse dienen.

Unsere Aufgabe wird dabei sein, den freien Gewerbebetrieb in den möglichst weiten Grenzen zu sichern.

In unserem Aufrufe haben wir in allen diesen Beziehungen unsere frühere Stellung ausdrücklich festgehalten.

Wir sind es, welche eine ruhig fortschreitende Entwicklung sichern, nicht Diejenigen, welche durch rücksichtsloses Verfolgen ihrer Parteiprogramme unnötige Konflikte hervorrufen, während doch alles konstitutionelle Leben auf dem Ausgleich politischen Gegensätze beruht.

Aber um alles dieses handelt es sich heute nicht.

Jetzt gilt es, den inneren Frieden wieder zu befestigen, dann erst können wir die anderen Arbeiten wieder aufnehmen.

Unsere Gegner selbst scheinen zu fühlen, daß Rettung für sie nur ist, wenn sie das Volk über den Kern der Streitfrage im Unklaren halten.

Wunderbare Erzählungen laufen schon jetzt durch die Lande. Beschuldigt man doch sogar die Reichsregierung und ihre Vertheidiger, daß sie durch das Septennat eine 7jährige Dienstzeit bei der Fahne einführen wollten.

Die müssen ein schlechtes Gewissen haben, welche ihre Sünden durch solche Erdichtungen und Täuschungen zu vertheidigen suchen. Was werden sie uns seit Jahren nicht alles vor!

Alle Volksrechte, welche wir errungen, sollen wir preisgeben wollen. Sie allein sind deren wahre Vertheidiger, die doch größtentheils gegen ihren Willen von uns im Verein mit den gemäßigten Parteien erkämpft sind. Nein, meine Herren, wir sind und bleiben die Vertheidiger der Reichsverfassung, der Rechte des Parlaments, des allgemeinen Wahlrechtes, der Gleichberechtigung der Konfessionen, welche nur dann in Gefahr kommen würden, wenn wiederum der nächste Reichstag so konfliktstüchtig wäre, als der aufgelöste, sonst aber nicht gefährdet sind.

Wir müssen den Schleier lüften und auch dem Geringsten aus dem Volke die wahre Lage klar machen.

In diesem Kampfe wenden wir uns nicht an unsere eigene Partei allein, wir rufen alle Deutschen auf, welches auch ihr politisches und religiöses Glaubensbekenntnis ist.

Wir wenden uns an die Jugend nicht, denn die deutsche Jugend, voll patriotischen Sinnes und noch nicht befangen in Parteischaunungen, steht ohnehin auf unserer Seite.

An die deutschen Väter wenden wir uns, die eine Verantwortlichkeit fühlen für das wahre Wohl des Vaterlandes und auch im Interesse der Jünger daran denken, daß Friede im Innern allein den Frieden nach außen und die Wohlfahrt des Volkes sichert.

